

Klosterneuburger Manifest für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt

Nichtrespektieren von geschützten Lebensräumen

Umweltschutz darf nicht tot geredet werden oder auf Papier vergilben, sondern muss konkret umgesetzt werden. Die Umweltsituation spitzt sich dramatisch zu, wenn die kurzfristige Lösung wirtschaftlicher Probleme in den Vordergrund geschoben wird. Bei langfristiger Perspektive und Einrechnung aller Folgekosten ist Umweltschutz der einzige ökonomisch sinnvolle Weg. Verantwortung für Lebensraum muss von uns allen übernommen werden.

Es bestehen internationale Konventionen zum Schutz der Natur als Lebensgrundlage der Menschen. Dazu zählen auch sensible Bereiche wie der Übergang von Auenlandschaft zum Wienerwald (beides Natura2000-Gebiete). Die Schutzbestimmungen der Alpenkonvention sind besonders strikt einzuhalten.

Wir fordern: Aktiven Umweltschutz zum Sichern der Lebensqualität statt Profitgier

Mehr Straße bedeutet weniger Gesundheit

Der Erhalt bzw. die Wiederherstellung einer gesunden Umwelt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Gesellschaft. Daher unterstützen wir Maßnahmen, die der Verminderung von Luftschadstoffen und Lärm dienen. Auf die Verkehrsentwicklung bezogen heißt dies, es muss alles unternommen werden, ein attraktiv gestaltetes öffentliches Verkehrssystem mit der Bahn als Rückgrat zu entwickeln. Dem umwelt- und gesundheitsgefährdenden motorisierten Individualverkehr müssen Schranken gesetzt werden (City-Maut, flächendeckende PKW-Maut, Kostenwahrheit für den Pkw-Verkehr). Das Recht auf scheinbar grenzenlose Automobilität darf nicht über das Recht auf eine gesundheitsfördernde Umwelt gestellt werden!

Wir fordern: Vorrang von Gesundheit vor unbeschränktem Individualverkehr

Kurzsichtige Verschwendung

Das Land NÖ investiert etwa **70 Mio. Euro** in den klimaschädigenden Autoverkehr. Diese 70 Mio. verschlingt nur die erste Etappe der „Umfahrungsstraße“. Für die Folgeprojekte Tunnel und Brücke sind weitere erhebliche Summen nötig. Es fehlen die Mittel für die Förderung des klimaverträglicheren öffentlichen Verkehrs.

Das Projekt ist weder verkehrspolitisch noch wirtschaftlich sinnvoll und ökologisch und sozial nicht verträglich. Es widerspricht eklatant den Prinzipien der öffentlichen Verwaltung, nämlich: Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Wir ersuchen daher den Herrn Landeshauptmann Erwin Pröll nochmals die Sinnhaftigkeit des Projektes „Umfahrung B14 Klosterneuburg“ grundlegend zu hinterfragen und Alternativen aufgrund neuer Erkenntnisse zu evaluieren. Wir erwarten eine entsprechende Stellungnahme.

Die Errichtung der neuen Elite-Universität in Gugging birgt jedenfalls kein Argument für den Straßenausbau, sondern für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Wir fordern: Mehr Mittel für ein zukunftsfähiges öffentliches Verkehrssystem

Der Irrtum der großen Freiheit auf Rädern

Das boomende Mobilitätsbedürfnis ist eigentlich Ausdruck eines Mangels: wir finden lokal nicht mehr, was wir fürs Leben brauchen. Es wird systematisch Lebensraum entzogen und durch den Mythos der „großen Freiheit auf Rädern“ so getan, als ob er erweitert würde. Wir werden inzwischen zur „Mobilität“ gezwungen, weil wir sonst nicht mehr arbeiten und uns versorgen können.

Ungebremstes Wachstum von Straßen-Infrastruktur zerstört gewachsene Gefüge und verschärft soziale Spannungen. Raumplanung muss die menschlichen Bedürfnisse und nicht die Interessen rein gewinnorientierter Lobbys in den Vordergrund stellen.

Wir fordern: Investitionen, die das Leben vor Ort attraktiv machen

Automobilität stößt an Grenzen

Die Verkehrspolitik, wie sie das Land NÖ und der Bund seit Jahrzehnten betreiben, fördert vor allem die Automobilität durch die Schwerpunktsetzung auf Straßenbau.

In Ostösterreich sind es zurzeit Umfahrung Klosterneuburg, Autobahnring um Wien durch die Lobau, Nordautobahn, Ausbau der S5 nach Krems, Donaubrücke Traismauer, B4 Waldviertler Schnellstraße, der "2. Korridor" B8 Marchfeld Autobahn nach Gänserndorf - Bratislava, Spange Kittsee. Der Verkehrskollaps verursacht sich selbst und wird zum wohlbekanntem Normalfall.

Automobilität geht immer auf Kosten der Fußgeher, Radfahrer und des öffentlichen Verkehrs, verursacht höheren Energieverbrauch, mehr Umweltbelastung und Kosten für die Volkswirtschaft – in der Regel ohne Fahrzeiten zu verkürzen.

Wir fordern: Verstärkung von Maßnahmen für „Sanfte Mobilität“

Fehlen von Maßnahmen zur Schadstoffreduktion

Straßenverkehr produziert bereits mehr CO₂ als Industrie und Gewerbe zusammen! Die Umweltschutzorganisationen fordern von Bundesminister Josef Pröll einen Gesetzesvorschlag, in dem Österreich sich verpflichtet, bis 2020 insgesamt 30% und bis 2050 nicht weniger als 80% der heute ausgestoßenen Treibhausgase einzusparen. Österreich müsste nach dem Kyoto-Protokoll gegenüber dem Basisjahr 1990 13% Treibhausgase einsparen, liegt derzeit aber bei knapp 17% **über** diesen Werten!!!

Konkrete Ziele, wie dies in Österreich erreicht werden soll, fehlen. Einige europäische Staaten, wie etwa Deutschland, haben bereits nationale Klimaschutzziele bis 2020 fixiert.

Wir fordern: Wirkungsvolle Politik zur Schonung unserer Umwelt